

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 75 (1981)
Heft: 5

Artikel: Ihr seid zu reich, um Hoffnung zu haben : eine mögliche Papstrede
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142910>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ihr seid zu reich, um Hoffnung zu haben

Eine mögliche Papstrede

Papst Johannes Paul II. kann unser Land nicht besuchen. Er, der noch am 25. Februar in Hiroshima mit bewegten Worten zum Verzicht auf jede Gewalt aufrief, wurde selber das Opfer einer Gewalttat. «Perchè colpire proprio il Papa?» Warum ausgerechnet den Papst treffen? Diese Frage von Johannes Paul II. auf dem Weg ins Krankenhaus darf nicht unbeantwortet bleiben. Welches immer die Motive für das grausame Verbrechen sein mögen, sie sind vor dem Hintergrund einer Gesellschaft zu sehen, die durch lebensfeindliche Mächte zunehmend mehr außer Tritt gerät. Im krassen Gegensatz zu dem, was der Papst in den letzten Wochen gesagt hat, läßt der Attentäter seine spärlichen Äußerungen in der Feststellung gipfeln, ein Leben bedeute ihm nichts ... Die Schüsse von Rom treffen alle Menschen guten Willens, alle, die sich in der bedingungslosen Verteidigung des Lebens einig und solidarisch wissen.

Die nachstehende «Papstrede» hätte auf dem Zürcher Helvetia-Platz stattfinden sollen. Willy Spieler erdachte sie als «Uebersetzung» aus einem lateinischen Entwurf, der uns auf abenteuerlichen Umwegen zugespielt worden wäre. Die traurige Nachricht vom Abend des 13. Mai verbietet uns die scherzhaften Angaben, die wir diesem Text vorausschicken wollten. Inhaltlich lehnt sich die «Papstrede» an kirchenamtliche Verlautbarungen an. Insofern handelt es sich um eine «mögliche» Rede, die ihren Sinn auch unabhängig vom Ereignis eines Papstbesuches behält: als Frage nach der Konsequenz dieser Verlautbarungen für die Schweiz.

Die Redaktion

Liebe Schwestern und Brüder,

als ich vor einer guten Stunde auf dem Flughafen Kloten niederkniete, um den Boden eures Landes zu küssen, wollte ich für einen kurzen Moment all jener Menschen gedenken, denen in den vergangenen Jahrhunderten Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz wichtiger waren als ein falscher Friede mit den Mächtigen dieser Erde, auch mit den Mächtigen in meiner Kirche.

Im Bewußtsein historischer Schuld

In aller Demut und im Bewußtsein der historischen Schuld vieler meiner Vorgänger muß ich bekennen, daß es nie zur Gründung einer freien und unabhängigen Schweiz gekommen wäre — weder 1291 noch 1848 —, wenn die Eidgenossen sich nach dem Willen der Kirche verhalten hätten. Ich weiß, daß die Sammlung der schweizerischen Staatsurkunden mit dem Bannfluch Innozenz' IV. gegen den ersten Bund der Eidgenossen von 1247 beginnt, weil eure Vorfahren sich nicht dem Grafen von Habsburg unterwerfen wollten. Zwar kann ich nicht ungeschehen machen, daß die Gründer der alten Eidgenossenschaft in ungeweihter Erde bestattet worden sind; diese Erinnerung soll mich

jedoch bei meiner Reise durch die Schweiz vor einer Haltung bewahren, die Kritiker der Kirche als «Triumphalismus» bezeichnen.

Nicht weniger erschüttert mich die Erkenntnis, daß selbst die moderne Eidgenossenschaft gegen den Widerstand der katholischen Kirche erkämpft werden mußte. Die Kirche hatte euer Volk so sehr entzweit, daß es seine staatliche Einheit nur durch einen Bürgerkrieg, den sog. «Sonderbundskrieg», erlangen konnte. Verblendet von der totalitären Idee eines ausschließlich katholischen Bekenntnisstaates, wollte die Kirche keinen freiheitlichen und säkularen Rechtsstaat neben sich dulden. Sogar das Menschenrecht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit, das ich heute bei jeder Gelegenheit als zentralen christlichen Grundwert bejahe und verteidige, wurde 1832 von einem meiner Vorgänger als «Wahnwitz» (*deliramentum*) und «alles verpestender Irrtum» (*pestilentissimus error*) verurteilt.

In unserem Jahrhundert zeigte sich eine analoge Fehlentwicklung von erschreckendem Ausmaß in den kirchlichen Erklärungen gegen Ideologie und Organisation der Arbeiterbewegung. Ich weiß, daß auch die Bischöfe eures Landes die Gründung katholischer Gewerkschaften dekretierten, um die Arbeiterklasse zu spalten und den proletarischen Kampf für die Gerechtigkeit zu schwächen. Es ist mir auch bekannt, daß jeder katholische Christ, der offen für den Sozialismus eintrat, vom Empfang der heiligen Sakramente ausgeschlossen wurde. (Der Papst bezieht sich hier offenkundig auf das Bettagsmandat der Schweizer Bischöfe von 1920 — der Uebersetzer.)

Diese freiheits- und fortschrittsfeindliche Vergangenheit darf die katholische Kirche nicht mehr länger verdrängen. Es genügt auch nicht, daß wir heute die Menschenrechte anerkennen und den Sozialismus als «hochherziges Streben und Suchen nach einer gerechteren Gesellschaft» (*Octogesima adveniens*, Nr. 31) würdigen. Wir müssen uns darüber hinaus die Frage stellen, warum so zentrale Grundwerte der Sache Christi wie Freiheit und Gerechtigkeit immer wieder außerhalb der Kirche, ja gegen die Kirche erkämpft und verwirklicht werden mußten. Haben wir nicht allzu sehr die Kirche an die Stelle des verheißenen Gottesreichs gesetzt und dadurch die Botschaft verraten, der wir dienen wollten?

Offene Worte an alle Schweizerinnen und Schweizer

Auf diesem symbolträchtigen Roten Platz möchte ich aber nicht nur von jenen sprechen, die um der Freiheit und Gerechtigkeit willen Verfolgung litten, ohne die Kirche an ihrer Seite zu finden, sondern auch ein paar offene Worte an alle Schweizerinnen und Schweizer richten. (Die Bezeichnung «Roter Platz» ist zwar nicht ganz richtig, wurde aber 1971 durch Dom Helder Câmara in den kirchenamtlichen Sprachschatz

eingeführt — der Uebersetzer.) Als ich mich auf meine Schweizerreise vorbereitete (nicht um besser reden, sondern um besser zuhören zu können), mußte ich mit einiger Verwunderung feststellen, wie wenig ihr bereit seid, die Freiheit, die ihr euch erkämpft habt, auch jenen zuzubilligen, die keinen Schweizerpaß besitzen. Ihr glaubt, die Ausländer in eurem Land, die ihr euphemistisch eure «Gastarbeiter» nennt, rücksichtslos ausbeuten zu dürfen. Ihr meint, euer Unrecht sei nur schon deshalb Recht, weil neuerdings eine Mehrheit von 84 Prozent dahinter steht. Und nun verlangt ihr gar noch, die Kirche müsse sich euren Mehrheiten anpassen. Ihr Heuchler! Seit wann richten sich Ethik und Moral nach dem Diktat der Mehrheit? Als die Mehrheit Jesus verleugnete, hat er nicht seine Botschaft revidiert, sondern gefragt: «Wollt auch ihr gehen?» (Joh. 6, 67)

Mit großer Sorge beobachte ich auch, wie ihr euch an der Unterdrückung eurer Brüder und Schwestern in der Dritten Welt beteiligt. All eure Ausreden können nicht darüber hinwegtäuschen, daß an den Fluchtgeldern auf euren Banken «Tränen, Schweiß und Blut der Massen in den Entwicklungsländern kleben», wie vor zehn Jahren mein Mitbruder im Bischofsamt Dom Helder Câmara an dieser Stelle gesagt hat. War seine prophetische Anklage umsonst? In Manila habe ich am 22. Februar dieses Jahres nachdrücklich betont, die sog. «Unterentwicklung» bedeute nicht einfach einen technologischen Rückstand, sondern die «Zerstörung von eigenständigen Entwicklungsmöglichkeiten durch von außen aufgezwungene Beurteilungs- und Entscheidungsmechanismen». Was aber unternimmt ihr gegen die von eurem Land aus operierenden Banken und Konzerne, die sich auf dieses unmenschliche Zerstörungswerk einlassen? Ihr beachtet immer nur, was ich gegen ein parteipolitisches Engagement der Kirche sage, meine sozial-ethischen Forderungen aber lassen euch gleichgültig. Darum habt ihr auch meinen Aufruf zur Eröffnung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla überhört und nichts unternommen, um «die Mechanismen zu verändern, welche die Reichen immer reicher und die Armen daneben immer ärmer werden lassen». Statt dessen rechtfertigt ihr euer System mit eurem einzigartigen Wohlstand. Seht ihr denn nicht, daß dieser Wohlstand mit der Not anderer Menschen erkaufte ist? Euer Land erscheint mir wie das potemkinsche Dorf des Weltkapitalismus, dazu bestimmt, euch und andere über das Unrecht hinwegzutäuschen, das von dieser Mammonwelt ausgeht, die sich in ihrer Ueberheblichkeit «die freie» nennt.

Ihr werdet eures Reichtums allerdings nicht froh. Mehr und mehr müßt ihr eure Polizei und eure Armee aufrüsten, um das Unrecht, das ihr so selbstgefällig als «Rechtsstaat» bemäntelt, mit Gewalt zu ver-

teidigen. Ihr seid zu reich, um Hoffnung zu haben. Darum flieht ihr in den Selbstbetrug einer militärischen Landesverteidigung. An eine «Strategie der Gewaltlosigkeit», wie sie schon 1971 die Römische Bischofssynode gefordert hat (*De justitia in mundo*, Nr. 64), wagt ihr schon gar nicht zu denken. Oder glaubt ihr, ich hätte nicht auch die Schweiz vor Augen gehabt, als ich am Weltfriedenstag 1979 «immer größere waffenfreie Zonen» vorschlug? Wie könnte ich diesen Appell nicht wiederholen in einem Land, das wie kaum ein anderes die Voraussetzungen mit sich bringt, hier einen Anfang zu machen? Als Sohn eines Volkes, das durch die Hölle des Krieges ging, sage ich euch: Laßt ab von eurem Vertrauen in die Gewalt der Waffen. Laßt insbesondere davon ab, eure Waffen an Menschen in der Dritten Welt zu verkaufen und ihnen dadurch Zerstörung und Vernichtung zu bringen (*Redemptor hominis*, Nr. 16).

Schafft Werte, die überzeugen, und ihr könnt auf eure Drohgebärden verzichten. Gebt eurer Jugend wieder eine Hoffnung, und erfüllt mit dieser Hoffnung auch die politischen Strukturen (*Lumen gentium*, Nr. 35). Weist vor allem eure Wirtschaft in die Schranken des Gemeinwohls. Löst die Probleme eurer ausländischen Arbeiter nach dem sozialethischen Grundsatz, daß «das Kapital die Arbeit suche, nicht aber die Arbeit das Kapital» (*Pacem in terris*, Nr. 102). Widersteht der «Zusammenballung einer ungeheuren Macht und wirtschaftlichen Diktaturgewalt», deren sich die Herrschenden in eurem Land — im Widerspruch zur katholischen Soziallehre (*Quadragesimo anno*, Nr. 105) — bedienen, um eure Brüder und Schwestern in der Dritten Welt zu unterdrücken. Vergeßt nicht, daß schon vor fünfzig Jahren mein Vorgänger Pius XI. die Sozialisierung jener Unternehmen guthieß, die über eine «so große Macht» verfügen, «wie sie Privaten ohne Gefährdung des Staatswesens nicht zugestanden werden kann» (*Quadragesimo anno*, Nr. 114). Schafft demokratische Verhältnisse auch in eurer Wirtschaft. Oder meint ihr etwa, die Kirche dürfe nur in Polen hinter der Forderung der Arbeiterklasse nach selbstverwalteten Betrieben und Unternehmen stehen? Wißt ihr denn noch immer nicht, daß die katholische Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil für eine Wirtschaftsordnung eintritt, die auf dem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital beruht (*Gaudium et spes*, Nr. 67)?

Aufruf zur Oekumene

Liebe Schwestern und Brüder, in dem Maße wie ihr Frieden stiftet und gerechte Verhältnisse schafft, tragt ihr auch zum Kommen des verheißenen Gottesreiches und damit zur wahren Oekumene unter allen Christen und unter allen Menschen bei. Sehr getroffen hat mich der

Vorwurf, daß ich den ökumenischen Dialog behindern würde. Daran ist nur richtig, daß ich es ablehne, «den künftigen Anregungen des Heiligen Geistes vorzugreifen» (Unitatis redintegratio, Nr. 24) und die Einheit der Kirchen in neuen Sätzen, neuen Institutionen oder neuen Riten zu suchen. Vor allem will ich keine Einheit, die von oben verordnet wird. Mit dem Apostel Paulus möchte ich ja nicht «Herr über euren Glauben sein, sondern Mitarbeiter an eurer Freude» (2. Kor. 1, 24). Wir müssen endlich aufhören, Jesus auf unsere partikularen Wahrheiten und Formelkompromisse zu reduzieren, und vielmehr anerkennen, daß Jesus selbst die Wahrheit ist (Joh. 14, 6), die unsere Wahrheiten relativiert, ja richtet. Was nützte es, wenn wir uns auf Sätze, Institutionen und Riten einigen könnten, aber achtlos an Jesus vorbeigehen, der in den hungernden, unterdrückten und gefolterten Brüdern und Schwestern zu uns spricht? Darum sage ich euch: «Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit, und alles» — auch die Einheit der Christen — «wird euch dazugegeben werden» (Mat. 6, 33).

Aus unseren Vereinigungen

Verbetonierung und Bodenspekulation statt Förderung der Wohnkultur

Zu diesem aktuellen Thema zeigte Hermann Tobler an der Monatsversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung vom vergangenen 25. April etwa vierzig Dias, vor allem aus seinem Wohnkreis in der Stadt Zürich.

Er fragte: Wie kann ein trostloser, öder Betonbau wie der Bahnhof Altstetten mit der Plaquette der Stadt Zürich für gute Bauten ausgezeichnet werden? Was dachte man sich, als man das Riesendreieck der Grünau-Ueberbauung erstellte, von der übrigen Stadt getrennt durch Autobahn und Bahngeleise, nahe der Kläranlage? Wollte man damit eine bestimmte Gruppe von der übrigen Bevölkerung isolieren? Warum baute man das Schulhaus Buchleren mit Betonfassaden, in denen Fenster «erstickten» und ausgewechselt werden mußten? Dachte man auch an das Wohlbefinden der Schüler? Wie kann eine Kirchgemeinde ein Altersheim wie dasjenige im Herrenbergli erstellen, das jede Kaserne in den Schatten stellt? Müssen vor städtischen Wohnblöcken Parkplätze angelegt werden, damit die Mieter in ihrer Freizeit mit dem Auto wegfahren können, weil sie das Leben in den trostlosen Blöcken sonst nicht mehr aushalten? Warum überbauen heute Großfirmen wie Oerlikon-Bührle, Ciba-Geigy, Siemens-Albis, Schindler-Ebikon und die Basler Versicherung die letzten grünen Flächen in unserem Quartier, während Baugenossenschaften keinen Boden mehr finden können? Warum dürfen Straßenränder direkt vor Wohnbauten von privaten Firmen als Gratisabstellplätze für ihre Lastwagen und Anhänger benutzt werden, wogegen auch bei Straßenverbreiterungen keine Fahrradstreifen angelegt werden? Wieviel Wohnungen gibt es in Zürich, die infolge der Autoabgase und des Verkehrslärms eigentlich nicht mehr bewohnt werden dürften? Wie lange noch werden Büropaläste für Banken und Versicherungen mit Vollklimatisierung eingerichtet, obwohl be-